

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelkommen 16. October, 8½ Uhr Abends.

Dresden, 16. Oct. In Folge der gestern wiederholten Ereignisse, wobei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden, ist heute eine polizeiliche Bekanntmachung erlassen, worin scharfes Einschreiten des Militärs gegen die Tumultuanten in Aussicht gestellt wird.

LC. Berlin, 15. Oct. [Die Vorentscheidung in der amerikanischen Präsidentenwahl] hat vor einigen Tagen in Amerika stattgefunden und den Sieg der republikanischen Partei in dieser Vormahl gebracht. Diese Vorentscheidung hat darin bestanden, daß am 13. October in drei der größeren Staaten, in Pennsylvania, Ohio und Indiana die Wahlen für den Congress und in Pennsylvania noch außerdem die Wahl des Gouverneurs von Pennsylvania vollzogen ist. Bei dieser Wahl hat die republikanische Partei die Majorität erhalten. Es ist nun eine alte Erfahrung in Amerika, daß die Partei, die unmittelbar vor der Präsidentenwahl in einer Wahl für den Congress die Majorität erhält, in der Präsidentenwahl selbst immer noch eine größere Majorität gewinnt. Die drei genannten Staaten gehören zu denen, in welchen die Parteien sich ziemlich die Waage halten. Da die Republikaner aber jetzt bei den Wahlen gesiegt haben, so ist die Wahl von Grant und Colfax ganz sicher. Die Präsidentenwahl wird bekanntlich in der Weise vollzogen, daß in jedem Staate so viele Wahlmänner gewählt werden, als er Stimmen für die Präsidentenwahl hat. In der ganzen Union zusammen werden nun 315 Wahlmänner gewählt. Die absolute Majorität beträgt also 158. Ganz zweifellos sichere Stimmen hatte die republikanische Partei 151 schon vor dieser letzten Wahl. Es fehlten ihr also zur absoluten Majorität nur noch 7. Pennsylvanien allein hat 24 Stimmen, Ohio 21 und Indiana 33 Stimmen. Jeder dieser Staaten giebt also den Republikanern die absolute Majorität, wenn seine Stimmen für sie abgegeben werden. Mit Sicherheit kann man also jetzt annehmen, daß Grant am 3. November gewählt wird. Auch wenn New-York sich für die Candidaten der demokratischen Partei Seymour und Black entscheiden sollte. Mit dem Siege der Republikaner ist die gute Verwertung des im Bürgerkriege vergossenen Blutes im Interesse der Freiheit überhaupt und die politische und sociale Organisation der Bevölkerung der Südstaaten auf der Grundlage der persönlichen Freiheit und der gleichen Rechte für Alle gesichert und, was in vielen Kreisen ja die Hauptsache bei der bevorstehenden Präsidentenwahl ist, daß die Zahlung der Binsen der amerikanischen Staatschuld in Gold auf mindestens weitere 4 Jahre garantirt ist.

BAC. Berlin. [Die Einberufung des Landtags.] Die "Prov. Corr." kündigt an, daß der Landtag nach neuerer Bestimmung schon zum 4. November berufen werden wird. Das offiziöse Organ knüpft daran folgende Bemerkung: "Indem die Staatsregierung hiermit für den Beginn der Session (für welchen die Verfassung die Zeit zwischen dem 1. November und 15. Januar offen läßt), fast den frühesten verfassungsmäßigen Termin ansetzt, darf um so mehr die Erwartung gehegt werden, daß der Landtag sein Bestreben darauf richten werde, den Staatshaushalt für 1869, welcher der Eröffnung sofort vollständig vorgelegt werden wird, rechtzeitig festzustellen." Diese Bemerkung geht in ihrem ersten Theile von einer ganz schiefen Auffassung der betreffenden Verfassungsbestimmungen aus. Der Art. 76 der Verfassung verdankt bekanntlich seine gegenwärtige Formulierung dem Gesetz vom 18. Mai 1857, welches den früheren Art. 76 aufhob und die jetzt geltenden Bestimmungen an dessen Stelle setzte. Daß die im Art. 76 angegebene Frist für die regelmäßige Einberufung des Landtags (Anfang des Monats November jeden Jahres bis zur Mitte des folgenden Januar) nichts mit der aus Art. 99 abgeleiteten Aenderung, daß das Staatsgesetz vor dem Beginn des betreffenden Staatsjahres zu Stande komme, zu thun hat, geht schon aus der Fristverlängerung "bis zur Mitte des folgenden Januar" hervor. Die Regierung ist in ihrem Rechte, wenn sie den Landtag selbst erst zum 15. Januar einberuft; trotzdem kann gewiß nicht behauptet werden, daß sie dem Geiste der Verfassung gemäß handelt, wenn sie einem erst zum 8., 10., 12. Januar einberufenen Landtag das Staatshaushaltsgesetz für das laufende Jahr vorlegt. Und ebenso wenig kann dies behauptet werden, wenn der Landtag so kurze Zeit vor dem Beginn des neuen Staatsjahres einberufen wird, daß er, ohne seine Berathungen zur Ungehörigkeit zu überreichen, den Staatshaushaltstat nicht mehr rechtzeitig festzustellen vermag. Ob der 4. November ein Termin ist, der eine gründliche Berathung des Staatsgesetzes im Abgeordnetenhaus noch gestattet, möchte zu bezweifeln sein; keinenfalls darf aber eine derartige forcirte Staatsberathung sich zu einer "berechtigten Eigenthümlichkeit" des preußischen Verfassungslabes ausbilden. Die Regierung hat die Befugniß, den Landtag jeder Zeit, also auch vor oder nicht thun will, so kann sie zum Mindesten nicht Art. 76 der Verfassung in der Weise für sich anrufen, wie dies in der "Prov. Corr." geschieht. Die Regierung mag von Zweien eins thun: sie mag entweder den Landtag noch früher als zum "frühesten verfassungsmäßigen Termin" einberufen, damit die Staatsberathungen in minder beschleunigter Weise als bisher gepflogen werden können, oder aber sie mag ein Gesetz vereinbaren, durch welches der Anfang des Staatsjahres auf den 1. Juli verlegt wird, wenn es sich absolut nicht möglich machen läßt, die legislativen Arbeiten und vor Allem die Aufstellung des Staatshaushaltsets bis zum Beginn des Monats October abzuschließen. Alles, was dazwischen liegt, wird als ein entschieden unbehaglicher Zustand empfunden, welcher keine Freude an den Beruf eines preußischen Landtagsabgeordneten aufkommen läßt.

[Pensionen für schlesw.-holst. Offiziere.] Dem Nord. Bunde erwächst nach endgültiger Feststellung der an Offiziere und Militärbeamten der ehemals schlesw.-holst. Armee, und an Hinterbliebene von solchen zu gewährenden Pensionen und Unterstützungen, ein Ausgabe-Estat von jährlich 76,000 R.

[Die Deposseidirten.] Wie seine Collegen erklärt nun auch der Herzog von Nassau, daß er keineswegs seine Souveränitätsrechte an Preußen verlaufen habe. Wenn sämtliche deposseidirten Fürsten erklären, ihre Thronrechte, so bald sich eine Gelegenheit findet, geltend machen zu wollen, so wird die preußische Regierung doch nicht so selbstmörde-

risch handeln wollen, jenen Fürsten selbst die Mittel zu liefern zur Wiedererlangung ihrer Throne, resp. zu den Versuchen dazu. Sie hat unserer Ansicht nach nur die Wahl zwischen Beschlagnahme oder Confiscation alles erreichbaren Vermögens der Prätendenten, die durch ihre Erklärungen zu hochverrätherischen Unternehmungen aufzunehmen.

— [Für die Versammlungen des Deutschen Handelstages] ist durch das Entgegenkommen der General-Intendantur der Königl. Schauspiele ein günstigeres Losal ermittelt, als das bisher in Aussicht genommene, nämlich der Concertsaal des Königl. Schauspielhauses. Die Zahl der Mitglieder des Handelstages wird sich auf 260 belaufen.

— [Dr. O. Lüning] in Retha schreibt der B-Z.: Die Volks-Zeitung vom 13. October berichtet: "Der Kandidat der National-Liberalen (bei der Wahl in Mülheim-Sieg-Wipperfürth), Dr. Lüning erhielt 13 Stimmen." — Ich habe von dieser Wahl erst durch diese Notiz Kenntnis erhalten. Von einer "Candidatur" meinerseits kann also nicht die Rede sein.

Essen, 8. Oct. [Gegen Dr. Schweizer.] In einer Versammlung der Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gab sich ein von den früheren Versammlungen ganz abweichender Character und, indem offen durchweg ein Misstrauen gegen die Theorien des Dr. Schweizer und Geissel ausgesprochen und Beschuß gefaßt wurde, eine Revision der eingezahlten Gelder zu veranstalten und sich genaue Kenntnis von der Verwendung derselben durch den bisherigen Vorstand zu verschaffen. Es herrschte gegen die einzelnen früheren Vorsitzende eine gerechte Stimmung, welche noch durch die Aufdeckung zahlreicher Enttäuschungen &c. reiche Nahrung fand.

Cassel, 12. Oct. [Verurtheilung des Kurfürsten.] Heute wurde das Ertümniß zweiter Instanz des hiesigen Obergerichts auf Appellation der preußischen Generalverwaltung des Kurfürstlichen Haussidee-commissons in Sachen des Bellerbetschen Gesetts veröffentlicht. Das Kreisgericht hatte bekanntlich zu Gunsten des klugbar gewordenen Kurfürsten entschieden: daß ohne seinen Auftrag und seine Einwilligung Veränderungen und Veränderungen an jenem Vermögen nicht vorgenommen werden dürfen. Das Appellationsgericht hat nun dieses Urtheil umgestoßen, weil nach seiner Auslegung des Stettiner Vertrags die eingesetzte Generalverwaltung nur von Behörden "Sr. Maj. des Königs" Weisungen entgegenzunehmen habe, dem Hrn. "Kläger" (es ist damit der Kurfürst von Hessen gemeint) aber eine Einflusnahme auf die Verwaltung des Haussidee-commissons nicht zustehe.

Kempten, 9. Oct. [Bayrische Disciplin.] Die hiesige Zeitung erzählt, daß mehrere Soldaten des in Kempten garnisonirenden 1. Jägerbataillons, die wegen wundgegangener Flüße von den Aerzten des Bataillons dientfrei erklärt wurden, von Seiten des Bataillonscommandos wegen "unnärrlicher und unsoldatischer Verweichlichkeit" mit ein- bis zweitätigem Arrest, Kostentziehung, Einsperrung am Sonntag und Urlaubsverweigerung bestraft wurden.

Oesterreich. Prag, 14. Oct. [Die Polizei], welche bisher der Stadt gehörte, ist nun in Folge der letzten Ereignisse vom Staat übernommen, auf Antrag des Stadtraths haben aber die Stadtverordneten beschlossen, die Communalwache aufzulösen statt, wie verlangt wurde, sie der Stadtpolizeidirection zu übergeben. Außerdem verwahrt die Stadt sich nicht nur gegen die Sumuthung, irgend einen Beitrag zur Erhaltung der Staatspolizei zu leisten, sondern behält sich noch ihre Ansprüche auf Erfas der Ausgaben vor, die ihr durch Einrichtung des städtischen Polizeidienstes erwachsen sind.

Italien. [Die Kaiserin von Russland] ist Gegenstand beständiger Ovationen von Seite der Mailänder Bevölkerung, so oft sie sich öffentlich zeigt, weil man sie für eine nahe Verwandte des preußischen Königshauses hält.

Türkei. Constantinopel, 13. Oct. [Fuad Paschal] wird sich morgen zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Italien begeben. Man glaubt, daß er seinen Amtsgeschäften längere Zeit fern bleiben werde. (R. L.)

— 14. Oct. [Anleihe.] Die Regierung hat ein Pfandbriefanlehen im Betrage von 5 Millionen mit der Société générale abgeschlossen.

Danzig, den 17. October.

* Der bisherige Oberlehrer an der hiesigen Realschule zu St. Johann, Herr Dr. Laubert, ist gestern vom Magistrat zu Perleberg zum Director der dortigen Realschule erster Ordnung einstimmig gewählt worden.

* [Scharlachfieber.] Obwohl der Magistrat wiederholt die Aufforderung an die Bürgerschaft gerichtet hat, daß von den Familien, in welchen das Scharlachfieber herrscht, keine Kinder in die Schulen geschickt werden, damit die Krankheit auf diesem Wege nicht durch Aufstellung weiter verbreitet werde, findet dieselbe, wie uns heute mitgetheilt wird, nicht überall Beachtung. Man kann das im allgemeinen Interesse nur bedauern und es ist dringend zu wünschen, daß die Aufforderung des Magistrats allseitige Berücksichtigung finde.

* [Gewerbeverein.] (Schluß der Discussion über die Schulen.) Bezüglich der Frage, in welche Schule der Mittelstand seine Kinder schicken solle, empfiehlt Dr. Kirchner demselben in erster Reihe die Benutzung der Realschulen. Man solle nicht denken, daß die Realschule für den Handwerker nicht passe; derselbe werde erst recht tüchtig werden, wenn er als Schüler den ganzen Cursus einer Realschule hätte durchmachen können. Natürlich müßten dann auch solche Schüler, wenn sie in die Lehre treten, ganz anders behandelt werden, als dies jetzt noch üblich sei; zum Kartoffelschäphen und Kinderwiegen könnten solche junge Leute allerdings nicht angehalten werden; aber die Meister würden wohl auch bald inne werden, welch großer Unterschied zwischen einem gebildeten Lehrling und einem rohen besteht; ganz andere Leistungen könnten gefordert und würden gegeben werden. Mr. Block hält es für nicht gut möglich, daß ein Handwerker, der Vater von mehreren Kindern, diese die Realschulen besuchen lassen könne; früher habe man 1 Thlr. gezahlt, jetzt koste es 2 Thlr. monatlich, dazu seien noch Nachhilfestunden zu bezahlen und obendrein sollten die Eltern zu Hause auch noch Aufsicht und Unterweisung üben. Herr Dr. Kirchner erwidert, wer gar keine Mittel habe, könne freilich seine Kinder keine höhere Schule besuchen lassen; es wäre wünschenswerth, wenn dies anders gemacht werden könnte, vorläufig müsse man sich fügen. Am besten wäre es, wenn wir so gestellt wären wie die Schweizer, dort könnte jeder gratis Unterricht genießen bis zur Universität, die Mittel würden auf andere Weise ausgebracht. Die Nachhilfestunden halte er für einen Verderb für die Schüler; man solle einfach erklären, daß keine Nachhilfestunden gewährt würden, der Schüler müsse selber arbeiten lernen, man unter-

stütze mit der Nachhilfe nur die Faulheit, denn notorisch seien in den meisten Fällen gerade diejenigen Schüler in der Klasse am faulsten, die auf Nachhilfe sich verließen. Man könne, wenn man den Schüler sich selbst überläßt, dann aber auch nicht prätendieren, daß jeder derselben in einem Jahre seine Classe absolvire, vielleicht wäre dann für Manchen längere Zeit nötig, das sei aber doch den Nachhilfestunden vorzuziehen. — Mr. Block würde nicht, daß das Gericht sich bewahrheitete, daß der Nachmittagsunterricht ausfallen solle. Er rechnet aus, daß die Ferien, Königs Geburtstag und die vielen andern Feiertage, die freien Tage bei zu großer Hitze oder Kälte u. dgl. so viel Schulzeit absorbiere, daß höchstens für den Schulunterricht eigentlich nur 26 Wochen übrig bleibten. — Mr. Mombert jun. bemerkt, er erinnere sich aus seiner Schulzeit, daß die Nachmittagsstunden zu meist nur mit Allotria und Schlafen verbracht wurden, von Lernern aber keine Rede war; die Eltern möchten sich nur besser um ihre Kinder kümmern, dann könnten die freien Nachmittagsstunden sehr zweckmäßig verwendet werden. — Mr. Kirchner möchte das Turnen besser gepflegt wissen, dann könnten die Kinder auch in weniger Schulstunden weiter vorwärts gebracht werden, weil sie dann kräftiger und frischer würden. — Der Gegenstand wird verlassen. — Für eine fernere Frage, woher der gegenwärtige Mangel an Handwerks-Lehrlingen kommt, glaubt Dr. Krause die Antwort darin zu finden, daß die Handwerkslehrlinge arbeiten sollen und keinen Lohn dafür bekommen.

Mr. Mombert jun. bemerkt, daß es viel an den Eltern läge, von denen so viele darauf eracht wären, ihren Söhnen die Handlung erlernen zu lassen; die letzteren freuten sich schon darauf, nach kurzen 3 Jahren Lehrzeit wie die andern jungen Herren Kaufleute in Ladyschulen geben, Sonntags reiten und dergleichen feinere Genüsse haben zu können. Es sei erstaunlich, wie weit die Verblendung in vielen Fällen gehe, es würden massenweise Knaben als Lehrlinge angeboten, die oft nicht einmal die nothdürftigsten Elementarkenntnisse besaßen. — Mr. Kirchner erinnert daran, daß vor etwa 10 Jahren ein übergroßer Drang zu der Maschinenbauarbeit gewesen und zwar darum, weil die Lehrlinge sofort etwas verdient hätten; jetzt sei dies Fach fast überfüllt. — Mr. Henze meint, daß der Handwerker schon genug thue, wenn er dem Lehrling Kost und Logis gebe; die Kaufleute gäben, so viel er wisse, gar nichts während der Lehrzeit. Auch für diesen Gegenstand bringt Niemand mehr einen neuen Gesichtspunkt zur Sprache und wird die diesmal sehr zahlreich besuchte Sitzung hiermit geschlossen.

□ Buzig, 15. Oct. [Heringfang.] Wie in vielen anderen Beziehungen das Jahr 1868 reich an außerordentlichen Erscheinungen ist, so zeichnet es sich auch durch einen so ergiebigen Heringfang in unserer Gegend aus, wie selbst die ältesten Leute sich nicht erinnern können, ihn erlebt zu haben. Nur mit Mühe können die Bewohner der Halbinsel noch Käufer für ihre Beute finden, die sie täglich machen. Die Boote werden förmlich in ihrem Laufe gehemmt, wo diejenigen mit seinem Silberschein prächtig glänzende Fisch sein Lager aufgeschlagen hat. Mit Nezen kann daher an solchen Stellen gar nicht gearbeitet werden, sondern die Fischer schöpfen mit dazu geeigneten Gefäßen die Thierchen aus dem Wasser in ihre Boote. Bei solcher Menge ist natürlich auch der Preis ein sehr gedrückter, das ganze Schick wurde in diesen Tagen mit achtzehn Pfennigen bezahlt. Schon seit längerer Zeit sind die Pölenarbeiten in der größten Thätigkeit.

□ Neuteich. [Landwirtschaftlicher Verein.] In der letzten Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins wurde die Gründung eines Armen-Vereins für Neuteich und Umgegend beschlossen, dessen Zweck ist, der Straßenbedeckung mit ihren entstehenden Folge zu wehren und dagegen der wirklichen Noth kräftiger abzuhelfen. Am 3. Nov. soll eine Generalsversammlung stattfinden, in welcher der Statutenentwurf vorgelegt werden wird. (Wir werden aus dem Statutenentwurf in den nächsten Tagen ausführlichere Mittheilungen machen.)

Zuschrift an die Redaction.

Also die Staatsbeamten zahlen keine Pensionsbeiträge mehr? Nun, wenn der Staat es leisten kann, die oft sehr hohen und zahlreichen Pensionen, ohne Pensionsbeiträge der dermal einst zu Pensionsnirenden, zu zahlen, so erscheint das als ein sehr günstiges Zeugniß für den Zustand seiner Finanzen. Aber unbillig kann man es doch schwerlich finden, daß der, der einmal pensionirt werden will, dazu beisteuert. Darum ist auch die Vorlage des Magistrats und der Beclieb der Stadtverordneten-Versammlung, daß die Danziger Communal-Besoldeten auch fernerhin ihre Beiträge zahlten sollen, gar nicht ungerecht; aber mit großem Dank ist der Wegfall der bisher üblich gewesenen Zahlung eines Theiles der Gehaltsverbesserung anzuerkennen. Noch größeren Dank verdient der Magistrat, daß er auf eine amtliche Anfrage, ob er nicht die Lehrer der höheren Schulen auch, wie der Staat seine Beamten, von den Pensionsbeiträgen entbinden wolle, mit Nein geantwortet, indem er hinzugefügt, daß er in diesem Stücke keinen Unterschied zwischen Lehrern an höheren Schulen und Volksschullehren kenne. Die Anfrage stelle also scheint zu glauben, daß die höheren Lehrer die Befreiung vom Beitrag eher verdienen und bedürfen als die nichthöheren, die sie demnach wohl für besser sitzt als jene hält. Das ist doch wieder eigentlichlich, daß man dabei nicht an die Volksschullehren denkt. Darum nochmals Dank dem Magistrat Danzigs, daß er in solchen Dingen, wie die Pensionirung, einen Unterschied von höheren und nichthöheren Lehrern in seinem Bereich nicht will gelten lassen.

Vermischtes.

Italien. [Die allseitigen Ueberschwemmungen] bleiben bis auf Weniges auf dem alten Stand, denn nach bloß eintägiger Unterbrechung hat der Regen neuerdings begonnen. Selbst von Sicilien herauf ertönt der Hilsenruf. Auch dort sind die kurzen Küstenflüschen zu wütenden Gewässern geworden, die Alles mit sich fort rissen. Auch dort sind die Eisenbahnverbindungen unterbrochen und der Dienst zwischen Messina und Catania ist bis auf Weiteres eingestellt. Welchem Winter gehen wir entgegen!

Schiffsnachrichten.

Abgegangen nach Danzig: Von Hull, 12. Oct.: Irwell (SD.), Lowery.

Angelommen von Danzig: In Bergen 6. Oct.: Rivalen, Verenon; — in Grangemouth, 11. Oct.: Panope, Dreioe.

Verantwortlicher Redakteur: H. Nicke in Danzig.

Meteorologische Depesche vom 16. October.

	Var. in Bar. Min.	Temp. M.	
6. Niemel	336,4	6,8	SD mäßig trübe.
6. Königsberg	336,6	6,4	s. schwach trübe.
6. Danzig	336,7	3,2	s. schwach bedeckt.
7. Göslin	335,1	5,6	SD schwach trübe.
6. Stettin	334,5	5,6	SSW schwach bedeckt.
6. Butbus	332,3	7,1	SD schwach bezogen.
6. Berlin	333,7	7,0	SD schwach jl. bedeckt.
7. Köln	334,0	9,2	SD schwach bezogen.
7. Flensburg	334,3	8,6	SW mäßig trübe.
7. Parapara	334,9	4,8	SW schwach.
7. Petersburg	337,3	5,5	SD schwach.
7. Stockholm	333,9	7,5	SSW bedeckt, Regen.
7. Helder	334,6	11,2	WSW mäßig, hohe gewöhn. See.

